Das Verhältnis Staat—Kirche im Kanton Bern

Aus der Synode der evangelisch-reformierten Landeskirche

Unter dem Vorsitz von Notar G. Ruchti, Wynigen, tagte im Rathaus zu Bern die Synode der evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Bern zum zweiten Male in diesem Jahre. In Anwesenheit von Kirchendirektor Regierungsrat Dr. Feldmann hielt Pfarrer G. Aebi, Wohlen, die biblische Ansprache, worauf die eigentlichen Verhandlungen eingeleitet wurden. Dem Wunsche eines Synodalen, der Kirchendirektor möge dem Haupttraktandum dieser Synode folgen, entgegnete Dr. Feldmann, mit dem Synodalrat sei vereinbart worden, der Kirchendirektor werde jeweilen bei der Eröffnung der Synode, ferner auch bei Geschäften, die seine Anwesenheit als wünschenswert erscheinen ließen, anwesend sein. Für das Traktandum «Kirche — Staat» erachtet es Dr. Feldmann als besser, nicht dabei zu sein, ansonst eine unhaltbare Situation entstehen müßte: mische er sich in die Diskussion ein, so würde es heißen, der Kirchendirektor habe sich in innerkirchliche Angelegenheiten eingemischt; sage er nichts, so glaube man an sein stillschweigendes Einverständnis, auch wenn dies nicht der Fall sei. Außerdem sei die Situation insofern klar, als die Synode im Großen Rat ja auch keinen Vertreter abordnen könne, der Staat demnach auch in der Synode nicht offiziell vertreten sein müsse. Nach diesem Votum zog sich der Kirchendirektor zurück.

Die Beratung des Budgets pro 1952 gab lediglich bei den Beiträgen an die Missionsgesellschaften zu reden; im übrigen ist dem Budget zu entnehmen, daß pro 1952 zwei Synodetagen abgehalten werden sollen, wovon die eine zweitägig! Bei Einnahmen von 438 900 Fr. resultiert in der ordentlichen Rechnung ein Ausgabenüberschuß von 4250 Fr., während die außerordentliche Rechnung mit 127 000 Fr. ausgeglichen ist.

Pfarrer Zwicky erstattete im Namen des Synodalrates Bericht über die Rundfrage betreffend Evangelisation, die ein vielfältiges Bild der Tätigkeit der Kirchgemeinden in allen Kantonsteilen vermittelte; es geht hier insbesondere darum, die Absichtsstehenden in den Schoß der Kirche zurückzuführen: dazu muß das Gemeindeleben lebendiger und inniger werden. Einheitliche Lösungen sind nicht am Platze, da die Auffassungen zu verschieden sind; dagegen müssen die arbeitenden Gemeinden ermuntert und unterstützt werden, damit auf diesem Gebiet Fortschritte erzielt werden können.

Staat — Kirche

Synodalratspräsident Ammann verliest den Bericht der kirchlichen Exekutive über die Verhandlungen, die zwischen den Spitzen der staatlichen und kirchlichen Behörden gepflogen worden sind; zur Schrift der Staatskanzlei «Kirche und Staat im Kanton Bern» hatte sich der Synodalrat bereits im Oktober 1951 in einem Kreisschreiben geäußert. Die Verhandlungen, an vier Konferenzen geführt, standen im Zeichen gegenseitiger Verständigung und haben das Verhältnis Kirche — Staat auf Grund der bestehenden Kirchengesetzgebung durch Abklärung der schwebenden Fragen gefestigt. Neun Traktanden wurden behandelt, deren Ergebnisse nachstehend kurz dargestellt seien.

1. Die Freiheit der kirchlichen Verkündigung bleibt auf Grund der durch Staatsverfassung, Kirchengesetz und Kirchenverfassung gegebenen kirchenrechtlichen Ordnung in vollem Umfange gewährleistet; staatliche und kirchliche Behörden bekräftigen erneut den demokratischen und freiheitlichen Aufbau des bernischen Staates und der bernischen Kirche; sie unterstreichen die Tatsache, daß freiheitliche und demokratische Gesinnung in der synodalen Verfassung der evangelisch-reformierten Landeskirche und in der Organisation der Kirchgemeinden zum Ausdruck kommt.

2. Zum Primarschulgesetz hat sich die Kirche zur Gestaltung des Zweckartikels eingesetzt und auch eine befriedigende Regelung über den Einbau des Unterweisungsunterrichts ins 9. Schuljahr erreicht.

3. An die Kosten der römisch-katholischen Bistumsverwaltung leistet der Staat Bern einen jährlichen Beitrag. Ein entsprechendes Begehren des Synodalrates ist vom Regierungsrat entgegengenommen worden, doch sind Einzelheiten noch nicht bekannt.

4. Die bernische Landeskirche ist ein Glied des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes; es stellt sich daher die Frage, in welchem Verhältnis der Kirchenbund zum bernischen Staate steht. Aus

der Kirchenbundsverfassung ergibt sich, daß Beschlüsse des Kirchenbundes für die bernische Landeskirche nur insofern Gültigkeit erhalten, als sie den Bestimmungen der bernischen Kirche nicht widersprechen.

5. Die angemessene Berücksichtigung kirchlicher Minderheiten (Art. 16, Kirchengesetz) bei der Besetzung des Pfarrkollegiums beruht auf Freiwilligkeit, zumal das Pfarrkollegium keine Behörde ist. Die Glaubensrichtungen können nicht mit politischen Parteien verglichen werden.

6. Ueber die Verwendung kirchlicher Gebäude zu andern als zu Zwecken der Landeskirche entscheidet der Kirchgemeinderat; die Weisungen der kirchlichen Oberbehörde ist einzuholen, wenn der Rat bei einem bezüglichen Beschluß eine starke Minderheit aufweist. Die Weisung des Synodalrates hat in einem solchen Fall verbindlichen Charakter.

7. Das Disziplinarverfahren ist insofern erweitert worden, als in leichten Fällen ein solches Verfahren eingeleitet wird, ohne daß der betreffende Pfarrer gleich aus dem Kirchendienst gestrichen, abberufen und in seinem Amt eingestellt wird.

8. Ueber die Mitwirkung der Regierungsstatthalter bei Installationsfeiern neugewählter Geistlicher ist eine neue Installationsordnung eingeführt worden, wonach ein Pfarrer durch den Vertreter des Synodalrates in der Kirchgemeinde installiert wird.

9. Der Synodalrat gibt abschließend seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß im Kanton Bern Kirche und

Staat sich in aufbauender Arbeit finden werden; er hofft, daß es an aufrichtigem Verständnis in Zukunft auf beiden Seiten nicht fehlen wird und die Verhandlungen zu Nutzen und Frommen von Kirche und Staat im Kanton Bern sein werden.

Nach lebhafter Diskussion beschloß die Synode, vom Bericht Kenntnis zu nehmen, dem Synodalrat für die geleistete Arbeit zu danken und dem Wunsche Ausdruck zu geben, den Bericht zu genauem Studium schriftlich entgegennehmen zu dürfen.

Eine Erklärung zum Grand Prix 1952

Der Synodalrat ist der Auffassung, daß der Grand Prix für Automobile in Bern nicht mehr durchgeführt werden sollte; die Sonntagsruhe wird auch vom Staate anerkannt, so daß die Bewilligung verweigert werden kann. Der Synodalrat unterstützt alle Bestrebungen, um die Bewilligung nicht mehr erteilen zu lassen und andere Wege zur Belebung der Wirtschaft in der Bundesstadt zu suchen. Die Synode pflichtet einstimmig bei.

Zwei Motionen werden von den Motionären erläutert und von der Synode diskutiert: die Motion von Pfarrer Wenger, Gsteig, zur Verwirklichung des Finanzausgleichs zugunsten finanzschwacher Gemeinden wird als Postulat vom Synodalrat entgegengenommen. Eine Motion von Dr. Küenzi, Biel, die vom Synodalrat die begriffliche Abklärung einiger Ausdrücke des neuen Kirchengesetzes verlangt, wurde nach ausgiebiger Diskussion erheblich erklärt.

Der Ertrag der Weihnachtskollekte wird zur Hälfte der Krankenpflegestiftung der Landeskirche, zur Hälfte der bernischen Winterhilfe zugeführt; schließlich wurde eine Resolution gutgeheißen, in der dem Bundesrat gedankt wird für die Bemühungen, die Getränkesteuer für die Finanzierung der Rüstungsaufwendungen heranzuziehen; die Synode bittet den Bundesrat, in seinen Bemühungen um die Erreichung dieses Zieles nicht nachzulassen.

us.